

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 32

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Oskar Lafontaine
Jean-Luc Mélenchon

Französisch lernen!

Ein Gespräch über die Linke in Europa

Karl Dietz Verlag Berlin

Oskar Lafontaine, Jean-Luc Mélenchon: Französisch lernen!
Ein Gespräch über die Linke in Europa
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 32)
Berlin: Karl Dietz Verlag, 2006

ISBN 3-320-02900-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006
Satz: Jörn Schüttrumpf
Umschlag, Druck und Verarbeitung:
MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Frankreich vor den Wahlen

*Ein Gespräch zwischen
Oskar Lafontaine,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE.
im Deutschen Bundestag,
und
Jean-Luc Mélenchon,
Senator für das
Département Essonne
und führender Politiker der
Sozialistischen Partei Frankreichs,
am 28. Juni 2006
in der Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Berlin*



Ich darf Sie alle recht herzlich zu unserem heutigen Gespräch begrüßen. Die Hitze sowie die Fußball-Weltmeisterschaft haben leider dazu geführt, dass wir nicht allzu viele hier sind, aber Sie werden mit Sicherheit belohnt werden. Unsere Gäste sind »politische Schwergewichte«, die wir nach allen Regeln der Kunst befragen können. Zu meiner Rechten sitzt Herr Jean-Luc Mélenchon, Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs, seit 1977 in verschiedenen Funktionen tätig: in mehreren Legislaturperioden Senator sowie in der Regierung von Lionel Jospin Minister für Berufsbildung und seit 2004 erneut Senator. Wir freuen uns, dass Sie zu uns gekommen sind. Zu meiner Linken: Herr Oskar Lafontaine, den ich aufgrund seiner hiesigen Prominenz eigentlich nicht vorzustellen brauche. Wir freuen uns, ihn heute als Vorsitzenden der Fraktion der Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag begrüßen können. Herzlichen Dank für Ihr kommen.

SIBYLLE NEUMANN
(Moderation)

Die politische Konstellation in Frankreich stellt sich für den äußeren Betrachter sehr widersprüchlich dar. Seit der Niederlage der Jospin-Regierung, also der *haugue curiel* im Jahre 2002, regiert ein rechtskonservatives Lager. Nicht sehr glücklich, wie man bei den letzten Ereignissen und großen Jugendkrawallen in und um Paris gesehen hat – oder auch in der mehrheitlichen Absage der Europäischen Verfassung sowie zuletzt im Fall des jüngsten Gesetzentwurfs von Dominique de Villepin, die Arbeitsgesetzgebung für Absolventen zu liberalisieren. Offensichtlich gerät die Regierung ins Wanken. Man gibt ihr eigentlich keinen Pfifferling mehr. Herr Mélenchon wird uns nachher aus seiner Sicht die Perspektiven dieser Regierung darlegen.

Monsieur Mélenchon, ist unter diesen Bedingungen die politische Linke in Frankreich nicht in einer guten Ausgangslage? Die Rechte ist am Boden und mit vielen Konflikten konfrontiert, die Linke hat nun alle Möglichkeiten, sich zu positionieren und gegen die Rechte zu mobilisieren. Welche Aussichten gibt es für die Sozialistische Partei? Wir wissen, dass Sie nicht immer mit Ihrer Partei konform gehen. Zum Beispiel zeigte ihr konsequentes »Nein« zur Europäischen Verfassung, dass Sie sich nicht mit der Parteilinie identifizierten. Sie gründeten eine Plattform »Für eine soziale Republik«. Ist es nicht anstrengend, wenn man immer gegen den Strom schwimmt? Erklären Sie uns bitte Ihr politisches Credo.

JEAN-LUC
MÉLENCHON

Ich möchte Sie zunächst ebenfalls herzlich begrüßen. Ich weiß, es handelt sich um eine außergewöhnliche Veranstaltung, weil wir ja Widerstand leisten gegen die allgemein vorherrschende Dummheit und vor allem auch darum, weil ich das erste Mal in Deutschland zusammen mit

Oskar Lafontaine im Podium sitze. Wir stehen am Anfang eines Prozesses, der ganz bescheiden begonnen hat. Ich hoffe, er wird von langer Dauer sein und zu einer intellektuellen Annäherung unserer beiden Bewegungen führen.

Sie haben mich gefragt, ob es schwierig sei, gegen den Strom zu schwimmen. Das gehört einfach zur Linken. Das Ideal der Linken ist ja per Definition ein Ideal, das sich gegen die etablierte Ordnung richtet. Die anderen brauchen sich nichts Neues auszudenken. Aber ich muss natürlich zugeben, dass es ziemlich schwierig ist, denn es gibt sehr viele Enttäuschungen bei dem, was wir jetzt mit der Linken, vor allem mit der französischen Linken erleben. Meiner Meinung nach ist sie nicht ganz auf der Höhe der historischen Ereignisse, die wir gerade in Frankreich durchmachen. Wenn Sie erlauben, vielleicht einige Worte, um verständlich zu machen, warum in Frankreich große Auseinandersetzungen stattfinden. Zuerst kam es wegen der klassischen neoliberalen Politik zu einer ganz großen Streikwelle gegen die Zerschlagung der Rentensysteme, anschließend zu einer Riesenstreikwelle für die Verteidigung der sozialen Sicherheit. Danach gab es die jüngeren Ereignisse: die Krise in den Vorstädten, die Revolte gegen das Ersteinstellungsgesetz und andere hier vielleicht weniger bekannte Ereignisse. Man muss verstehen, dass es in Frankreich zwei Hauptelemente gibt, die im politischen Leben sehr bestimmend sind. Erstens ist Frankreich vom Liberalismus in einer Dimension betroffen, die die Identität in Frage stellt. Ich versuche das zu erklären. Die Identität Frankreichs wird von der Republik bestimmt. Wenn wir vom republikanischen Ideal sprechen, dann ist das nicht nur eine intellektuelle Suprastruktur, das ist wirklich Alltagsrealität. In Frankreich ist es so, dass der Staat

nicht nur über den Sozialstaat eingreift, sondern auch über die Industrie, über die Wirtschaft – der Staat ist der Stratege. So war zum Beispiel die Entwicklung der Ariane-Rakete eine Staatsentscheidung, ebenso der Schnellzug TGV, die Nuklearzentralen, die Atomenergie, und der Staat hat sich auch einen der ersten Computer der Welt, den Minitel, ausgedacht und überall in die Haushalte gebracht. Wenn der Liberalismus die Präsenz des Staates angreift, greift er gleichzeitig die Identität der französischen Gesellschaft an. Das sind Dinge, die nicht immer bewusst sind, es geht da auch um die kulturelle Hegemonie.

Wenn man in Frankreich nicht zufrieden ist, sagt man: Ja, wenn das jeder so machen würde ... Das, was alle machen können, wird als gut erachtet, und das, was nur manche machen können, als schlecht. Ich glaube, dies erklärt ein bisschen die Mentalität der Franzosen, die ein sehr gallisches Volk sind, das sich oft sehr uneinig ist. Das ist die erste Dimension des Angriffes des Neoliberalismus auf die Gesellschaft; diese Dimension führte zu einem wirklichen Schock. Die zweite ist das europäische Modell des Einigungsprozesses. Man hatte uns eine Verfassung vorgeschlagen, und wir waren gegen sie. Ich war sehr aktiv bei der Ablehnung der Verfassung, nicht nur aus inhaltlichen Gründen, sondern auch wegen der Konstellation der politischen Kräfte, die diese Verfassung getragen haben. Lionel Jospin hat das sehr unglücklich zusammengefasst, als er sagte: »Die Ja's sind kompatibel.« Er meinte, das »Ja« von links und das »Ja« von rechts seien kompatibel. Sie in Deutschland kennen diese Kompatibilität inzwischen ja auch.

Doch wenn die Linke und die Rechte kompatibel sind, dann gibt es keine Linke mehr. Das weiß jeder. Aber auch die Inhalte dieser Verfassung ge-

fährdeten die republikanische Identität Frankreichs. Weshalb? Eine Verfassung, die von einem Konvent beschlossen wird – so wurde es ja genannt ... Ein Konvent ist keine demokratisch gewählte Versammlung. Für uns ist diese Frage aber ganz wichtig, denn die Französische Republik ist aus den Generalständen entstanden. Damals gab es die Adligen, die Priester und das Volk. Heute gibt es das EU-Parlament, die EU-Kommission samt ihren Beamten, die sich einfach auf die gleiche Ebene stellen wie das Volk, wie die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen.

Außerdem enthielt der Text der Verfassung Festlegungen, die man beim besten Willen mit einem demokratischen Geist nicht verteidigen kann. Mit unserer Ablehnung der Verfassung verteidigten wir unser wirtschaftliches Modell. Ich möchte für Europa gar keine sozialistische Verfassung; ich möchte aber auch keine liberale. Doch diese Verfassung sieht ein liberales Wirtschaftsmodell vor.

Verteidigung des Sozialstats

Durch diese Verfassung würde künftig jedes demokratische Leben unmöglich gemacht werden. Denn § 4 schreibt ein ganz schwieriges Verfahren für den Fall vor, dass irgendetwas verändert werden soll. Der Text der Verfassung soll verabschiedet und unterschrieben werden, und dann soll nie wieder etwas geändert werden können. Das ist zutiefst antidemokratisch.

Wir haben mit »Nein« gestimmt, und wir wissen, warum wir das getan haben. Wir sind nicht diejenigen, die mit dem Strom schwimmen, wir haben nicht mit »vielleicht« gestimmt, sondern mit »Nein«. Es ist unsinnig, den Franzosen jetzt etwas aufzwingen zu wollen, was sie abgelehnt haben. Jeden Gedanken in diese Richtung lehne ich ab. Denn es würde eine Welle des Nationalismus entstehen. Jene, die den Franzosen so etwas aufzwingen wollen, sind Leute, die etwas sehr

Gefährliches machen. Wenn das geschieht, werden Prozesse in Gang gesetzt, die nicht mehr unter Kontrolle sein werden.

Kein

Nationalismus

Das französische »Nein« war bisher kein nationalistisches »Nein«, es war auch kein fremdenfeindliches »Nein«. Es war ein »Nein«, das »Ja« sagt zum europäischen Ideal. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir Europa nicht aus ideologischer Motiven aufbauen. Wir haben Europa aus einem konkret-praktischen Grund gegründet. Als erstes, um den Frieden zu schützen und um zu verhindern, dass nationalistische Tendenzen, die immer zum Krieg geführt haben, wieder aufflackern. Und zweitens haben wir Europa geschaffen, um ein lebenswertes Sozialmodell zu entwickeln. Das sind ganz konkrete Gründe.

Wir sehen in der heutigen realen Verfassung Europas beide Absichten nicht verwirklicht. Stattdessen rennt man gegen die Wand und versucht weiterhin, mit Macht und Gewalt eine Politik durchzusetzen, die die Völker nicht wollen.

Damit wird man überall in Europa Nationalismus hervorrufen. In Polen enthielten sich in der Umfrage zum EU-Beitritt achtzig Prozent der Stimme. In anderen Staaten in Osteuropa gab es siebzig Prozent Wahlenthaltung. Das französische und das niederländische »Nein« sind nicht der Anfang der Krise, sondern ihr Ergebnis.

Unser Interesse liegt darin, wieder an das europäische Ideal anzuknüpfen. Ich bin kein Nationalist, ich bin Befürworter einer korrekten Analyse der Natur dieser europäischen Krise. Wir sehen sie als eine soziale Krise, als eine gesellschaftliche Krise. Was wir erleben, ist das Gegenteil von dem, was wir wollen. Wir haben uns einst in Europa für den sozialen Fortschritt zusammengeschlossen, und das Ergebnis heute ist sozialer Rückschritt. Was ist der Schlüssel? Der Schlüssel

ist Demokratie. Ich möchte ein Gesetz achten, das demokratisch zustande gekommen ist – das mache ich in jedem Fall –, aber nicht eines, das von Beamten entwickelt wurde. Der Schlüssel für sozialen Fortschritt liegt in der Demokratie. Wir brauchen daher in Europa demokratische Instanzen, die nach dem gleichen Procedere wie in unseren Ländern funktionieren und entscheiden.

Alles, was ich sage, ist vollkommen banal, aber man muss die Augen öffnen, um das zu sehen. Alle Länder in Europa sind demokratisch verfasst, wir würden in unseren Ländern nie zulassen, dass es solche undemokratischen Institutionen gäbe wie auf europäischer Ebene. Der Schlüssel ist also die Demokratie. Für uns, in der republikanischen Tradition stehend, ist dieser Gedanke noch banaler. Wir wollen uns den anderen nicht aufzwingen. Ich habe überhaupt keine Probleme damit, meine Bürgerrechte mit dir oder mit dir zu teilen.

Für hunderttausend Menschen ein Abgeordneter – das ist völlig banal, das ist nichts Außergewöhnliches. Weshalb aber wird das dann nicht gemacht? Diese Frage muss man sich stellen. Weil sich das neoliberale System grundlegend gegen die Demokratie wendet. Wir sind uns mit Oskar Lafontaine einig, dass das Dringendste, was wir jetzt brauchen, Regulation ist.

Sie haben mich nach meinem politischen Credo *res publica* gefragt. Dass die *res publica*, die öffentliche Sache, die in den Händen der Bürger liegt, egal, welche Sprache sie sprechen, und egal, wo sie wohnen. Damit es diese Einheit gibt, brauchen wir die Einheit und Unteilbarkeit des Souveräns.

Ich hoffe, dass ich jetzt nicht zu abstrakt geworden bin. Was ich sagen will, ist, dass man dies ohne Kampf nicht erreichen kann. Manche Menschen denken zwar, dass das so wie in einem Kolloquium vor sich geht, dass man dann merkt: Ach

so, ja, das ist eine bessere Idee. Nein, so wird es nicht gehen. Man muss einen bitteren, harten Kampf führen, denn das Kapital hat kein Interesse an Demokratie in Europa. Wenn wir ein von den Bürgern gelenktes Europa hätten, dann wäre das für den Kapitalismus ein Donnerschlag. Das werden die Protagonisten des Kapitalismus also nicht zulassen. Die Entwicklung in Richtung einer immer weiteren Komplizierung der Entscheidungen für die Bürger wird vom Kapital gewünscht und vorangetrieben. Und deshalb freue ich mich, dass ich mit meinem deutschen Kameraden hier übereinstimme. Wir, Deutsche und Franzosen, auch in der Linken, haben hierin eine besondere Verantwortung.

Das hat nichts mit Nationalismus zu tun. Wir haben eine Verantwortung, weil man auf uns hört. Als Oskar Lafontaine seine Entscheidung traf, aus der SPD auszutreten, wusste man das im letzten französischen Dorf. Viele fragten sich, was wir nun machen würden. Das war ja ein wichtiger Schritt, der da gegangen wurde.

Wenn wir selbst nicht die Entscheidung treffen, kämpfen zu wollen, wer wird es dann an unserer Stelle tun? Wir, Deutsche und Franzosen, wenn wir etwas anfangen, dann werden alle anderen folgen. Ich bin mir dessen sicher. Die griechischen Kandidaten zum Beispiel haben oft gesagt: Einigt euch erst mit den Deutschen, und dann ziehen wir nach. So ist es nun mal. Und so kann man sich auch vorstellen, welche Verantwortung wir haben. Wenn wir ein demokratisches Europa haben wollen, dann müssen wir kämpfen. Und, um richtig kämpfen zu können, müssen wir, Deutsche und Franzosen, zusammen kämpfen. Wir müssen eine Initiative ergreifen, denn was uns in Frankreich während des Referendums am meisten wehgetan hat, war, dass man uns immer gesagt hat:

»Ihr seid isoliert, Ihr seid ganz allein. Die Chefs der Europäischen Gewerkschaften, alle Sozialdemokraten in Europa sind dafür. Weshalb seid Ihr dagegen?« Und man hat nach Frankreich sozialistische und sozialdemokratische Persönlichkeiten aus ganz Europa hingekarrt, die Befürworter der Verfassung waren. Es ist wichtig, dass man jetzt ein anderes Signal gibt, dass man sagt, es gibt Kräfte, die nicht nur allgemein für ein Europa, sondern für ein demokratisches Europa sind.

Meine Ausführungen waren vielleicht ein bisschen lang, aber ich wollte zeigen, dass es eine Verbindung zwischen unseren Idealen und dem konkret zu führendem Kampf gibt. Ich würde gern eine Initiative mit nach Hause nehmen.

Wir müssen jetzt unsere Regie ein wenig ändern und werden über den Formierungsprozess der Europäischen Linken später sprechen, weil Herr Mélenchon gleich in das Europäische Verfassungsprojekt eingestiegen ist. Ich würde gern einen Gedanken von Herrn Mélenchon aufgreifen. Er sagte, dass Europäische Verfassungsprojekt sei durch einen Konvent zustande gekommen, der eigentlich nicht demokratisch zusammengesetzt ist. Das Projekt sei durch ein liberales Wirtschaftsmodell geprägt und insofern auch antidemokratisch.

SIBYLLE NEUMANN

Herr Lafontaine, in Deutschland gab es ähnliche Diskussionen, wenn auch nicht in dieser Breite wie in Frankreich. Das Projekt ist ja in einer relativ kurzen Zeit durchgepeitscht worden, ohne eine breite Diskussion, die alle Schichten des Volkes erfasst hätte. Wie sehen Sie das? Gibt es eine Möglichkeit, dieses europäische Projekt noch zu realisieren, vor allem auch durch eine demokratische Volksbefragung? Kommt überhaupt ein Text zustande, wenn sich noch nicht mal die europäischen Regierungen einigen können?

OSKAR LAFONTAINE Ich glaube schon, dass wir die Möglichkeit haben, ein solches europäisches Projekt zu realisieren. Allerdings stehen dem momentan noch große Hürden entgegen. Aber wir haben ja in den letzten Jahren und Monaten erlebt, dass es immer wieder möglich ist, vom Volke ausgehend, politische Entscheidungen zu erzwingen oder zu korrigieren. Und das ist ja das, was Frankreich uns voraus hat. Frankreich – und deshalb freue ich mich auf diesen deutsch-französischen Dialog, auf die Zusammenarbeit – hat eine andere republikanische Tradition. Das merkte man auch bei der Verfassungsdiskussion. In Deutschland, das muss ich zu unserer Scham gestehen, war die Europäische Verfassung kaum ein Thema. Als ich dann auf Einladung einiger Freunde, und Jean-Luc Mélenchon gehörte zu ihnen, nach Frankreich kam, erfuhr ich zunächst einmal, dass sehr viele Haushalte sich mit der Verfassung beschäftigten, ja selbst für die Taxifahrer war dies ein Thema. Dies ist hier kaum vorstellbar. Ich war damals in Paris, habe an einer Kundgebung teilgenommen und wurde dort selbst im Lokal von Kellnern auf die Verfassung angesprochen, die ihre Meinung dazu sagten, und ich wurde im Taxi angesprochen. Ich brauchte nur zuzuhören und musste gar nicht sagen, wer ich war, sondern der Kellner und der Taxifahrer äußerten einfach ihre Meinung zur Verfassung. Und als ich am Abend der Abstimmung dann mitbekam, dass das »Non« da war, war dies ein großer Erfolg der Französischen Republik, des republikanischen Lebens in Frankreich, an dem Jean-Luc einen wesentlichen Anteil hatte. Er gehörte zu den Ersten in der Sozialistischen Partei, die gesagt haben: Wir spielen hier nicht mit, wir wenden uns gegen ein solches Verfassungsprojekt, das nicht der republikanischen Tradition entspricht.

Du warst also, ohne es zu wissen, Mitveranlasser dafür, dass ich mich entschieden habe, auch in Frankreich für das »Non« zu plädieren, denn das war für mich ein schwerer Schritt. Ich gelte erstens als frankophil, ich gelte als Freund der Sozialistischen Partei, ich habe eine ganze Reihe von Freunden unter den »elephant« (die Führungsspitze der französischen Linken), die also größtenteils für ein »Ja« plädierten und ich habe auch bei den Konservativen eine ganze Reihe von Bekannten, die mich fragten, wieso ist jetzt der Lafontaine auf einmal gegen Frankreich, gegen die französische Politik oder gegen Europa. Die Gründe hat ja Jean-Luc eben hier vorgetragen. Wer sich für das »Non«, also für die französische Tradition entschieden hat, hat sich für ein Europa als Projekt der Völker entschieden und nicht für ein Europa der Konzerne, wie wir das leider häufig sahen. Weil wir hier in Deutschland eine solch schwache Diskussion hatten, haben viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, mit »Ja« votiert, weil sie die ganzen Artikel gar nicht genau studiert haben. Ich weiß, dass ist ja ein ganzes Buch gewesen. Und insofern haben die Franzosen und die Niederländer eine wichtige Rolle gespielt, und Jean-Luc war einer der Väter des französischen »Non«. Ich glaube, das ist ein historisches Verdienst. Manchmal sagt man ja, die Linke hat überhaupt keine Möglichkeiten. Aber das war ja eine Entscheidung, die sicher genauso wichtig ist, wie irgendeine Gesetzesentscheidung, die wir im Bundestag treffen. Nein, hier ging es um die Zukunft Europas, und zwar nicht um irgendein Europa, das auf der Landkarte oder irgendeine staatsmännische Veranstaltung ist, sondern um ein Europa der Völker. Dasselbe haben wir jetzt wieder erlebt. Wir haben hier dasselbe: Da wird der Kündigungsschutz nicht nur für die Jugend, wie

*Jean-Luc
Mélenchon –
einer der Väter
des französischen
»Non«*

in Frankreich, sondern für alle Arbeitnehmer, die neu eingestellt werden, abgebaut, aber in Deutschland tut sich nichts. Weil, ich glaube das Wort wird Lenin zugeschrieben, wenn die Deutschen eine Revolution auslösen, lösen sie vorher eine Bahnsteigkarte. Da hat er ja Recht. Oder wenn sie eine Revolution machen, fragen sie vorher, ob es erlaubt ist, den Rasen zu betreten.

Ich denke, wir können hier voneinander lernen. Aber diese beiden Entscheidungen, das »Nein« zur Verfassung und die Proteste der Jugendlichen, die gestützt wurden von vielen Arbeitnehmerorganisationen, zeigen doch, dass es so etwas wie ein republikanisches Projekt, eine demokratische Vision gibt. An dieser Stelle möchte ich nachdrücklich den Gedanken aufgreifen, den Jean-Luc vorgetragen hat, die deutsche und die französische Linke sollte zusammenarbeiten. Denn es ist nun mal so, wenn Deutschland und Frankreich vorangehen, bei welchem Projekt auch immer, dann bewegt sich in Europa etwas.

Und wir sollten die Tatsache von sprachlichen Barrieren zwar zur Kenntnis nehmen und versuchen, daran etwas zu ändern, aber wir sollten diese Tatsache nicht zum Anlass nehmen, diese Zusammenarbeit nicht weiter zu intensivieren. Ich möchte zum Erschrecken unserer deutschen Zuhörer sagen, dass ich seit langem ein Anhänger des deutsch-französischen Bundes bin, einer Art deutsch-französischer Staatenfusion, weil ich der Auffassung bin, dass wir, angesichts des Europas der soundso viel, ein Zentrum brauchen, das zusammenarbeitet und der Politik einen neuen An Schub gibt. Ich weiß, das ist noch ferne Musik, aber wir sollten zumindest bei der Linken anfangen, diese nationale Sicht zu überwinden, die in der Linken immer noch viel zu stark ist. Die Linke singt zwar die »Internationale«, aber letztend-

*Deutsch-
französische
Staatenfusion*

lich sind alle immer nur daran interessiert, wer wird Bundespräsident, wer wird Kanzler? Dies ist von vorrangigem Interesse, der Rest interessiert relativ wenig. Man muss das nüchtern sehen. Aber gerade das »Non« bei der Verfassung oder der Kampf der jungen Leute gegen den Abbau des Kündigungsschutzes, das sind republikanische oder demokratische Erlebnisse im traditionellen Sinne. Und für mich war es ein Erlebnis, als am Abend des »Non« das Volk von Paris an der Place de la Bastille tanzte und sang. Das war ein symbolischer Akt.

Wir von der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag wollen jetzt Vorschläge für eine Europäische Verfassung unterbreiten. Ich habe mich in unserer Europafraktion nach Gegenvorschlägen erkundigt, und die waren nur sehr schwach ausgebildet. Und wenn jetzt die Konservativen wieder einen Verfassungsentwurf produzieren, dann sollten die Linken ein Gegenprojekt vorlegen, in dem die zentralen Punkte des Neoliberalismus konterkariert werden und natürlich auch der Versuch, die europäische Verteidigungspolitik umzufunktionieren in eine Interventionspolitik, im Interesse irgendwelcher Rohstoffpolitik oder Eroberungen. Und natürlich gehört zu dem Gegenentwurf auch das, was Jean-Luc gesagt hat, dass wir sagen, die Völker Europas müssen alle darüber abstimmen, sonst ist das keine Verfassung. In unserer Fraktion, wie gesagt, ist bereits ein solcher Entwurf in Arbeit. Wir sollten also versuchen, hier entgegenzuwirken, denn der Kampf gegen den Neoliberalismus wird ja nicht mehr nur national geführt. Der Neoliberalismus ist eine globale Philosophie geworden. Er ist ein europäisches Dogma geworden, die EU-Kommission arbeitet auf der Grundlage neoliberaler Prinzipien. Und das wir müssen durch internationale und grenzüberschreitende Zu-

sammenarbeit aufweichen. Und weil diese republikanische Tradition so wichtig ist oder weil ich hier gerade bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bin, will ich sagen: Für mich gilt immer noch das Luxemburg-Wort »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie«.

Deshalb sollten wir diese republikanische Tradition unserer französischen Freunde aufnehmen und gemeinsam an einem demokratischen und für mich natürlich auch sozialistischen Europa arbeiten. Angesichts der heutigen Kräfteverhältnisse werden wir dies nicht im ersten Anlauf erreichen, aber wenn wir zusammenarbeiten, können wir das eine oder andere bewegen. In diesem Zusammenhang auch ein Dank von mir an Jean-Luc und beim nächsten Mal sehen wir uns in einem volleren Saal. Ich bin gern bereit, meinen Teil für eine forcierte Zusammenarbeit zu leisten.

JEAN-LUC
MÉLENCHON

Ich möchte eines aufgreifen, was Oskar eben gesagt hat. Man sollte in solchen Diskussionen nicht zu lyrisch und zu poetisch werden. Aber ich will Ihnen noch einmal sagen, was für eine Begeisterung wir in dieser Verfassungsdebatte gespürt haben. Was Oskar eben aus Paris berichtet hat, ist wirklich die reine Wahrheit. Es war ein unbegreifliches Event. Als wir mit der Kampagne für das »Nein« begannen, lagen die Befürworter in den Umfragen bei siebzig Prozent. Und alle, die später sagten, wir wären Opportunisten, weil wir mit »Nein« gestimmt haben, denen muss man diese Zahlen in Erinnerung rufen. Schrittweise konnten wir die Früchte dessen ernten, was wir angestrebt hatten, indem wir in unserem Volk die Kenntnis über die Verfassung verbessert haben. Es war unglaublich: Die Kameraden, ein Grüner, ein Sozialist und ein Kommunist, sind Abend für Abend in die Dörfer gefahren, sie haben handschriftliche

Wahlplakate aufgehängt und viele Treffen organisiert, und jeden Tag waren die Säle voll, überall. Manchmal kamen alle Erwachsenen, manchmal die Hälfte der Bevölkerung. Wir haben ohne Finanzen, ohne irgendwelche Mittel gearbeitet, und es sind wirklich Menschenmengen zusammengekommen. Ich bin Philosoph und kein Jurist, und ich hatte den Verfassungstext in der Hand. Vielleicht wissen Sie nicht, dass die Verfassung nicht nur vier Kilo Papier wog, sondern dass es darüber hinaus noch die Kommentare der Kommission gab, die ja auch Verfassungswert haben. Und alles ist so verfasst, dass man es auf den ersten Blick gar nicht verstehen kann. Drei-, viermal müssen sie den gleichen Satz lesen, um zu begreifen, wovon überhaupt die Rede ist. Und da kamen die Leute also mit ihren Verfassungsexemplaren und mit Stift und Papier und haben sich Notizen gemacht.

Manchmal fragt man sich als Politiker: Wieso mache ich das eigentlich alles? Das interessiert doch sowieso niemanden. Aber in diesem Fall, unter diesen Umständen, da fand man wirklich zurück zur Kraft der Demokratie. Tausende ganz brave Leute, die gar nichts mit Politik zu tun haben, fingen an, komplizierte Texte zu lesen. Dabei ging es meist sehr lustig zu, es gab viel Humor, man machte über verschiedene Texte Witze, und man tauschte sich über das Internet aus.

Wir haben alle verstanden, dass dieser Text aus einem einzigen Grunde unverständlich war: Die Verfasser wollten nicht, dass wir den Inhalt wirklich verstehen. Es handelte sich dabei nicht um einen unbeabsichtigten Fehler. Ich will damit sagen, dass immer wieder ein großer Ansporn entstehen kann. Ich glaube, wenn man die deutschen Bürgerinnen und Bürger fragen würde, was haltet ihr von der Verfassung, dann würden auch tausende Leute anfangen, den Text zu lesen.

*Verfassungstext –
bewusst
unverständlich
formuliert*

Wir haben uns in den Familien, in den Haushalten über das Für und Wider der Verfassung gestritten, und alle waren geteilt in dieser Frage. Es war wirklich ein großer Moment in der Politik. Und jetzt bleibt uns ein bisschen Nostalgie. Bei heutigen politischen Kämpfen sagen wir uns: Wir machen es wie bei der Verfassung, wir werden das den Menschen erklären.

Jetzt, beim jüngsten Kampf gegen das Ersteinsetzungsgesetz, haben wir, das heißt unsere Fraktion, wieder Treffen veranstaltet und Bürger zu Leseworkshops und zur Meinungsbildung eingeladen. Dabei fragte man oft: Können wir etwas ändern? Ich glaube, wir können etwas verändern. Es ist etwas ganz Konkretes. Außer bei den Verrückten, die uns die Verfassung zwangsweise aufoktroyieren wollen, können wir etwas verändern.

Schauen wir uns einmal den Zeitplan an: 2007 haben wir Präsidentschaftswahlen. Hier müssen wir unsere Arbeit leisten. Wenn wir einen linken Präsidenten haben – und zwar einen, der mit »Nein« gestimmt hat –, dann haben wir eine Möglichkeit, das Ganze wieder korrekt neu zu verhandeln. Wir haben da keine Angst – auch wenn es vielleicht anders ausgehen wird –; aber wir haben keine Angst. Frankreich wird im zweiten Halbjahr 2008 die Präsidentschaft der Europäischen Union innehaben. Also haben wir die Möglichkeit, den Vorschlag, der von der deutschen Kanzlerin gemacht werden wird, zu ergänzen oder einen anderen Vorschlag zu machen. 2009 folgen Europawahlen, zu denen wir allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern einen vernünftigen Vorschlag machen könnten. Das heißt, der Gedanke eines demokratischen Verfassungsmandats ist nicht unrealistisch; es könnte ein Teil des Vorschlags sein, den Frankreich den anderen Ländern unterbreitet. Wir haben einen Zeitplan, der sich zu unseren Gunsten

auswirken kann. Aber es wird sich an der Spitze nichts ändern, wenn wir an der Basis nichts tun.

In der jetzigen Verfassung, die von 16 Ländern ratifiziert wurde, gibt es einen Artikel, der vorsieht, dass Bürgerinnen und Bürger eine Gesetzesinitiative ergreifen können, wenn es dafür eine Million Unterschriften gibt. Natürlich ist das Ganze ein Witz, denn der Text müsste verfassungskonform sein. Trotzdem sollte man diesen Gedanken nicht völlig verwerfen, sondern festhalten, dass Bürgerinnen und Bürger eine Gesetzesinitiative ergreifen können.

*Veränderungen
»von unten«*

Ich denke, wir sollten eine Petition für eine Verfassungsgebende Versammlung in Europa anstrengen. Das ist keine Utopie, denn selbst der Verfassungstext sieht ja die Möglichkeit von Petitionen vor, wenn sie von einer Million Bürgern unterschrieben werden. Vielleicht sollten wir über eine Million sogar hinausgehen, um ein Bindeglied zwischen denen zu schaffen, die mit »Ja« für eine Verfassung mit diesem Petitionsrecht gestimmt haben, und denjenigen, die mit »Nein« gestimmt haben, weil sie eine wirkliche Stimme haben wollen. Ich denke, es gibt eine Verbindung zwischen Befürwortern und jenen, die gesagt haben: Wenn es eine wirklich demokratische Verfassung wäre, wäre ich dafür.

Es bewegen sich viele Dinge. Wir haben eine Meinungsumfrage in Frankreich gemacht, die zeigte, dass neunzig Prozent derer, die mit »Nein« gestimmt haben, wieder mit »Nein« stimmen und zehn Prozent der damaligen Befürworter jetzt auch mit »Nein« stimmen würden. Das heißt, die Dinge ändern sich.

Wenn wir in Europa über verschiedene Nationen hinweg eine öffentliche Meinung ausprägen könnten, würden wir beweisen können, dass wir keine Nationalisten sind und auch nicht fremden-

feindlich, sondern dass wir für die Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger in Europa eintreten. Wir haben einen Zeitplan, der uns Möglichkeiten gibt. Ihr Deutschen habt den EU-Vorsitz vor uns. Die deutsche Bundeskanzlerin hat die Verantwortung, Vorschläge zu unterbreiten. Dann folgt unsere Präsidentschaft, und alle unsere Gegner hoffen natürlich, dass die Präsidentschaftswahlen dazu Anlass geben werden, dass wir hinterher der Verfassung zustimmen. Einige Deutsche im Europäischen Parlament, deren Parteien in Deutschland in der Regierung sitzen, denken, dass die Verfassung nach den Wahlen einfach angewendet werden kann. Man muss auf sie Druck ausüben, denn sie werden sich 2009 wieder den Wählern stellen müssen. Wenn wir eine Situation schaffen, in der sich bis 2009 jeder positionieren muss, dann wollen wir mal sehen, wie sie Kandidaten sein und zugleich sagen wollen: Die Meinung der Bürger ist uns egal. Wir können in diesem Kampf ganz Entscheidendes bewegen – durch den Zeitplan.

SIBYLLE NEUMANN Sie haben den Vorschlag von Oskar Lafontaine aufgegriffen, für Europa ein alternatives Linksprojekt vorzuschlagen und die Abläufe etwas hinauszuzögern. Es ist doch aber so, dass die europäischen Regierungen versuchen, dieses europäische Projekt durchzubringen. Die deutsche Kanzlerin hat ja deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie nun Sondierungsgespräche führt. Sie will versuchen, durch verschiedene Veränderungen am Text die Inhalte ein wenig sozialer zu machen, oder gar die Verfassung auf eine politische Charta herunterstutzen, in der die Wirtschaft nicht groß erwähnt wird. So sehe sie für das nächste Jahr doch die Möglichkeit, einen Konsens in der Europäischen Union zu erzielen. Insoweit würde es mich interessieren, wie man sich das ganz konkret

vorstellt, wie man also ein linkes Projekt alternativ vorstellen will. Da kann es ja nicht nur darum gehen, allgemeine Vorstellungen zu äußern, sondern da muss man doch schon ziemlich konkret darstellen, wie in Europa ein funktionierendes Wirtschaftsleben zustande kommen soll, das unter kapitalistischen Bedingungen ermöglicht, dass jeder Mensch ein Leben in Würde führen kann. Wie soll das funktionieren?

Jean-Luc hat ja meinen Vorschlag, einen Verfassungsentwurf vorzulegen, erweitert um die gute Idee, eine Art Unterschriftensammlungen zu veranstalten, um die Menschen direkt mit solchen Ideen zu konfrontieren. Wir sagen immer, was können wir denn als Linke – das ist jetzt eine speziell deutsche Betrachtung, aber die ist vielleicht auch für Jean-Luc von Interesse –, was können wir als neue Linke machen, um unser Projekt zu befördern. Ich sage immer zwei Dinge: Wir müssen die politische Debatte beeinflussen, und wir müssen unsere Organisation stärken. Das ist insbesondere ein Thema der Bundestagsfraktion. Ich sage immer, der Versuch, viele Beschlussanträge und viele Gesetzestexte zu machen, ist »Arbeit für den preußischen König«. Viel wichtiger aber ist eben die öffentliche Debatte und die Stärkung der Organisation.

OSKAR LAFONTAINE

Was jetzt Europa angeht, hier haben wir die Möglichkeit, die öffentliche Debatte zu beeinflussen, denn wenn die Linke auftritt mit einem Gegenvorschlag, dann wird er ja immer wieder in einer Form transportiert. Das wird dann – für unsere deutschen Freunde sage ich, wie unser Aufruf oder unser Manifest –, wenn wir das präsentieren bei einer Bundespressekonferenz mit Freunden aus Frankreich oder Freunden aus Italien oder Spanien und sagen, das ist die Gegenvorstel-

lung der Linken, dann wird das zunächst einmal ein Thema für die deutsche Presse, und bei einem Verfassungsentwurf hätten wir ständig die Möglichkeit, in der Presse zu sein. Wenn es aber dann noch im Vorfeld der Europawahlen gelingt, Unterschriftenlisten usw. zu sammeln, dann könnte man hier etwas in Gang setzen. Ich neige nicht zu übertriebener Euphorie, aber ich glaube, das könnte einen gewissen Erfolg haben.

Gegen Apathie

Europa leidet ja darunter, dass alle Bürgerinnen und Bürger – das ist zumindest die deutsche Sicht – sagen, das ist alles weit weg. Im Grunde genommen können wir da überhaupt nichts bewirken. Die Administration entscheidet irgendetwas über unsere Köpfe hinweg, wir haben gar keinen Zugriff. Daraus ist dann die Idee erwachsen, dann lasst uns doch den Präsidenten einmal durch direkte Volkswahlen wählen. Ich weiß nicht, wer alles dafür ist. Ich glaube, sogar Jacques Delors hat diese Idee gehabt, ich bin aber nicht ganz sicher.

So jetzt sage ich aber, das ist nicht unbedingt ein linkes Projekt, denn dann liefen wir Gefahr, dass – wen soll ich jetzt nennen? – zum Beispiel ein berühmter Filmschauspieler oder ein berühmter Sportler wie Beckenbauer die Chance hätte, Präsident von Europa zu werden. Aber wenn wir sagen, lasst uns einen Verfassungstext vorlegen, natürlich nicht von acht Kilo, sondern so, dass ein normaler Mensch ihn in der Hand halten und in normaler Zeit lesen kann, also Schwerpunkte, dann könnte das etwas sein. Deshalb möchte ich festhalten: Lasst uns zwischen den Linken einen Verfassungsentwurf ins Auge fassen und vielleicht solche Unterschriftenkampagnen vor allem im Vorfeld der Europawahlen machen, so dass das Volk sagt: Jawohl, wir wollen auch bei der Verfassung mitbestimmen.

Das war ja das Peinliche, und Jean-Luc hat in seinem ersten Beitrag ja dargelegt, was es bedeutet, dass sechzehn Völker »Ja« gesagt haben. Mein Freund, der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker, sagte: Sechzehn europäische Völker, nein nicht Völker, das ist schon gelogen, sechzehn Regierungen oder administrative Mehrheiten haben »Ja« gesagt, aber Völker eben nicht. Sie haben den Eindruck, man entscheidet über ihre Köpfe hinweg. Lasst uns versuchen, die Völker Europas zu solch einem Verfassungstext aufzurufen mit dem Ziel, einen einfachen Verfassungstext zu haben, der das Wesentliche behandelt und nicht ein Konvolut ist für Bürokraten, die die Zeit haben, mehrere hundert Seiten zu lesen. Das muss ein Anliegen der Linken sein. Vielleicht können wir das heute als eine Aufgabe, die wir uns gestellt haben, festhalten.

Monsieur Mélenchon, Sie haben geschildert, wie Sie mit Vertretern der FKP, der Grünen und auch der sozialen Bewegungen, gemeinsam mit vielen Schichten des Volkes in Kontakt und ins Gespräch kamen und so gemeinsam diese siebzig Prozent »Ja« in ein »Nein« umgewandelt haben. Das sind natürlich Erfahrungen, die man so nicht unbedingt auf unsere Bedingungen übertragen kann. Die SPD tut sich ja etwas schwer, mit Kräften links von der SPD zusammenzuarbeiten. Vielleicht können wir uns mal dazu verständigen, welche Möglichkeiten es gibt – natürlich auch im Hinblick auf die französischen Präsidentschaftswahlen –, in Frankreich ein Linksbündnis zu schmieden, das nicht wieder zu einer solchen Katastrophe führt wie bei den letzten Wahlen, als alle mit eigenen Kandidaten antraten, im zweiten Wahlgang Le Pen verhindert werden musste, und schließlich Chirac gewählt wurde. Wie sehen sie

SIBYLLE NEUMANN

das, Herr Mélenchon? Gibt es die Möglichkeit eines gemeinsamen Kandidaten und die Möglichkeit einer gemeinsamen politischen Plattform mit der sozialistischen Partei?

**JEAN-LUC
MÉLENCHON**

Zunächst möchte ich einiges präzisieren. Zum einen: Die Situation in der Sozialistischen Partei Frankreichs war während des Referendums grauenerhaft, geradezu furchtbar. Das erste Mal in unserer Geschichte kam sogar der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei, François Hollande, nicht umhin, mit mir zu sprechen – ich bin immerhin länger Mitglied des nationalen Führungsgremiums als der Erste Sekretär.

Zum zweiten: Jospin brauchte keine Kampagne zu machen, andere haben das für ihn gemacht, indem sie mit dem Finger auf uns gezeigt haben. Und das war wirklich eine Beleidigung, die ich niemals vergessen werde. In einer Fernsehdebatte sagte er zu Marie-Georges Buffet, der Chefin der Kommunistischen Partei: Nehmt doch Mélenchon und Fabius und behaltet sie bei euch, nehmt sie doch bei euch auf, wir schenken sie ihnen. Das war wirklich schlimm, das ist wirklich ganz böse gewesen.

Als dann das »Nein« Erfolg hatte, gab es Repressalien. Die erste Entscheidung war, dass alle die mit »Nein« gestimmt hatten, aus dem Führungsgremium rausgeschmissen werden sollten. Die wichtigsten Führungsleute der Partei haben die Leute beschimpft, die mit »Nein« gestimmt hatten. Vor allem Ségolène Royal, die hat gesagt: Die mit »Nein« gestimmt haben, waren die, die aus der Provinz kamen, dort, wo nur Arbeitslose leben und Landwirte ohne Land, also dumme Leute. Doch Arbeitslose und Landwirte ohne Land sind nicht unbedingt dumm, und diejenigen, die das Volk beschimpfen, haben Unrecht. Wir haben verantwortungsbewusst gehandelt und versucht, die

Spaltung der Sozialistischen Partei nicht zu vertiefen, sondern sie zu überwinden. Es gab Leute, die mit »Ja« gestimmt haben, und es gab Leute, die mit »Nein« gestimmt haben. Wir haben gesagt, die, die mit »Ja« gestimmt haben und von der Linken sind, haben das durchaus mit einer gewissen Absicht gemacht. Sie haben nicht mit »Ja« gestimmt, weil sie Leute sind, die uns verraten wollen, sondern weil sie gedacht haben, dass es für Europa und den Frieden gut ist. Wie können wir uns jetzt wieder zusammenfinden?

Wir müssen uns schon darauf einigen, dass das »Nein« gesiegt hat. Das ist die Basis. Es mag Ihnen unglaublich erscheinen, aber wir haben mehr als ein Jahr kämpfen müssen, um einen klaren Satz, eine klare Äußerung zu erhalten. Jetzt erst lassen die Kameraden in allen Sektionen der Sozialistischen Partei einen Text abstimmen, in dem steht: Erstens, wir akzeptieren nicht den Text des alten Verfassungsentwurfes, und zweitens, wir wollen auch keinen veränderten Text. Ich werde das noch konkret erklären.

Doch nun zu der Frage, die gestellt wurde. Zurzeit besteht zumindest die Möglichkeit, dass alle Kräfte der Linken in eine Richtung gehen. Wenn wir weiterhin auf unseren Positionen beharren würden, gäbe es keine linke Einheit. Und dann wäre es natürlich klar, dass wir keinen Erfolg haben werden. Unsere Lage ist anders als in Deutschland, wo die Linke immer sehr stark war. Wer in Frankreich keine Union der Linken will, der will keinen Sieg. Wir müssen immer versuchen, einen Dialog zu führen und uns zu einigen.

Du hast mich gefragt: Wird es einen gemeinsamen Kandidaten geben? Für die gesamte Linke muss ich sagen: Nein. Da gibt es keine Möglichkeiten. Die gab es nur selten. 1965 mit François Mitterrand war das eine Ausnahme. Und 1974

noch einmal. Alle anderen Male gab es bei den Präsidentschaftswahlen eigene kommunistische Kandidaten. Aber jedes Mal erschien eine der linken Kräfte als Einheitskraft. Vielleicht haben Sie das von Deutschland aus nicht wahrnehmen können; aber ein Charakteristikum der französischen Sozialistischen Partei ist, dass sie im sozialistischen Lager stets die Partei der Einheit war. Und deshalb hat sie gewonnen.

*Überlegungen zur
Einheit der Linken*

Ich zähle zu den Leuten, die jahrelang geglaubt haben, dass es ausreicht, wenn man sagt: Wir müssen eine Einheit finden. Ich habe also wirklich immer für eine Union gekämpft, für eine Einheit, und dafür, dass man dabei niemanden ausschließt. Ohne Ausgrenzung, haben wir immer gesagt. Das wurde natürlich immer ein bisschen diplomatisch formuliert, ein wenig wischiwaschi, denn es galt ja eigentlich auch für die Linksextremen. Doch davon wollten viele Sozialisten nichts hören. Ich aber sagte: Wenn es Linksextreme gibt, müssen sie auch in der Union sein. Natürlich kann man sich nicht nach dem Programm eines Einzelnen richten, schon gar nicht nach dem des Kleinsten. So wie nicht die Meinung des Größten ausschlaggebend sein darf, darf das auch nicht die Meinung des Allerkleinsten. Aber sie müssen auch zur Union gehören dürfen. Eine Union ohne Ausgrenzung, das ist immer unser Credo gewesen.

Die Linke, die nicht im sozialistischen Lager steht, wird versuchen, einen gemeinsamen Kandidaten vorzuschlagen. Das wird zurzeit diskutiert. Manchmal sagt man, es werde Marie-Georges Buffet sein, ein anderes Mal, es wird José Bové sein usw. Die Diskussion läuft, und vielleicht werden wir nichts erreichen, und vielleicht wird es fünf, sechs, sieben Kandidaten geben. Wenn das der Fall sein wird, werden sie alle wirklich vernichtend geschlagen werden.

Ich habe eine etwas ungewöhnliche Position. Ich möchte, dass es einen Kandidaten wie Laurent Fabius gibt, der in der Sozialistischen Partei nicht traditionell am weitesten links steht. Wir werden in der Sozialistischen Partei verschiedene Hindernisse, verschiedene Steine zu überwinden haben. Aber da sind noch die Kommunisten, die unsere Kampfgenossen sind, José Bové und die anderen. Wir sagen ihnen: Ihr müsst euch auch einigen. Und dann sagen die: Und ihr? Was macht ihr da? Da haben wir dann andere, weitere Hindernisse. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe, diesen Weg der linken Einheit zu beschreiten.

Ich möchte noch auf einen Punkt zurückkommen, den Oscar erwähnt hat. Brauchen wir einen Gegenvorschlag zur Verfassung? Ich möchte da nicht in die deutsche Debatte eingreifen. Ich kenne sie nicht. Aber ich weiß, was wir gesagt haben. Wir haben gesagt: Wir sollten keinen machen. Wir sagen: Es muss eine Verfassungsgebende Versammlung her, die eine Verfassung erarbeitet. Wieso sollten wir eine Verfassung vorschlagen? Das hat keinen Sinn. Was uns einen kann, haben wir während der Referendumskampagne gesagt: Das Volk muss über seine Abgeordneten in dieser Versammlung entscheiden, was eine gute Verfassung ist. Wir haben dazu eine historische Erfahrung. Auch während der Französischen Revolution sprachen die Leute in der Verfassungsgebenden Versammlung nicht dieselbe Sprache. Sie redeten katalanisch, bretonisch usw. So wie Oskar heute deutsch redet und ich französisch. Die Leute hatten auch nicht die gleiche Religion, die gleichen Maßeinheiten, und sie gaben sich trotzdem eine gemeinsame Verfassung mit universellen Prinzipien. Muss man ein Genie im Verfassungsrecht sein, um zu verstehen, was jetzt getan werden muss? Das Ganze ist wirklich einfach.

*Ein Verfassungs-
entwurf
der Linken?*

Jetzt schon zu dieser Stunde ist es so, dass achtzig Prozent der Gesetze in Frankreich nur eine Umsetzung europäischer Richtlinien sind. Das ist bei euch sicher nicht anders. Wir haben schon ein Teil unserer nationalen Souveränität an Europa übertragen, und wir sind damit einverstanden. Wir wollen einen Teil unserer nationalen Souveränität an eine höhere Ebene übertragen.

Der Teil der nationalen Souveränität, den wir schon delegiert haben – und nicht etwa irgendetwas, das wir uns jetzt ausdenken und hinzufügen müssten –, muss von einer Versammlung, von einem Parlament kontrolliert werden, so wie in unseren Ländern. Es darf kein Gesetz geben, das nicht vom Europäischen Parlament verabschiedet worden ist.

Auch die einzelnen Nationen müssen ihre Interessen vertreten können. Unsere Nationen werden ja weiter bestehen bleiben. Wir schlagen nicht vor, dass die Nationen, die deutsche Nation oder die französische Nation, verschwinden sollen. Neben dem Parlament mit Abgeordneten sollte es einen Senat für die Nationen geben. So macht ihr das ja in Deutschland mit dem Bundesrat für die Bundesländer. Eure Verfassung ist so aufgebaut, und es funktioniert.

Wenn wir eine Verfassungsgebende Versammlung vorschlagen, schlagen wir etwas vor, das alle Völker gemacht haben. Und wenn wir sagen, es kann zwei Kammern geben, eine Kammer der Nationen, der Länder, und eine Kammer der Abgeordneten, dann ist das auch etwas, was wir in all unseren Ländern kennen.

Die demokratische Erneuerung Europas ist eine revolutionäre Aufgabe. Das ist keine gewöhnliche rationale Aufgabe. Um die demokratische Erneuerung Europas zu erreichen, brauchen wir eine demokratische Revolution. Das ist die Aufgabe un-

serer politischen Generation. Das ist das Ziel, das wir vor Augen haben müssen. Wir wollen keine sozialistische Verfassung, wir wollen aber auch keine Verfassung, die irgendein Wirtschaftsmodell vorschlägt. Das ist dann hinterher vom Volk zu entscheiden, ob das rechts oder links gerichtet sein soll. Das muss die souveräne Volksentscheidung sein. Die Verfassung soll die Spielregeln vorschlagen, wer entscheidet und so weiter. Das ist alles, was wir wollen. Wenn wir sagen: Wir werden den Text jetzt verändern, ist das lächerlich. Man hält uns doch zum Narren. In dem jetzigen Text gibt es in Kapitel zwei alle möglichen, tollen Prinzipien – wundervollen Prinzipien. Und der dritte Teil sagt denn: Wendet an, was ihr wollt – außer das, was Teil drei widerspricht. Und das ist der wirtschaftliche Teil.

In Teil drei steht: Ihr da geht nach Hause, euch können wir nicht mehr brauchen. Ihr Gewerkschaftler – Tschüß. Ihr Linkspolitiker geht nach Hause, weil in Artikel 320 steht: Es ist verboten, die Sozialgesetze in Europa zu harmonisieren. Da steht nicht, wir raten davon ab. Nein, da steht: Die soziale Harmonisierung ist untersagt, eine steuerliche Harmonisierung ist untersagt. Das heißt: Es nützt nichts, Politik zu machen oder wählen zu gehen, denn Sie haben eine Verfassung, die vorschreibt: Wir untersagen ihnen die erste, wirklich nützliche Entscheidung zu treffen, nämlich dass es in Europa gleiche Mehrwertsteuersätze oder einen gleichen Mindestlohn in Europa gibt. Das wird von der Verfassung verboten.

Doch jede Entscheidung, die den Teil drei des Textes ausspart, bewirkt letztlich keine wirkliche Veränderung. Da wird man für dumm verkauft. Und was bleibt? Teil vier untersagt jede Veränderung des Textes. Das ist auch nicht demokratisch. Also Teil drei und Teil vier weg. Was bleibt, sind

ganz wage Prinzipien im Teil zwei und Organisationsmaßnahmen zur Führung in Europa, die sehr kompliziert sind und sehr intransparent. Ich rede noch nicht einmal von den Dingen, die uns im Teil eins wirklich schockieren.

Sie wissen ja, dass die Franzosen die politische Philosophie sehr hoch schätzen. Wir haben eine republikanische Haltung und reklamieren für uns Einheit und Vielfalt. Wir stören uns nicht daran, was in den Texten der Kirchenväter steht, aber was in der europäischen Verfassung steht, interessiert uns doch sehr. Und da soll stehen: gleich an Rechten.

Wenn ich sage, dass diese Verfassungssache eine revolutionäre Aufgabe ist, dann schlage ich zugleich die Verbindung von der französischen Linken zur Linken in der Welt. Ich habe mir in Lateinamerika die revolutionären Prozesse angeschaut, die zurzeit stattfinden. Die gute Nachricht ist, dass Lateinamerika jetzt Land für Land zur Linken übergeht und das mit steigender Radikalisierung. Ich muss sagen – und das ist wirklich eine Schande für mich –, jedes Mal, wenn es eine demokratische Revolution gibt, fängt sie mit dem Scheitern der Rechten an. Dann kommt die Linke, die die Drecksarbeit macht, und dann gibt es die Revolution. Welches ist das Merkmal dieser Revolution? Zuerst wird eine neue Verfassung gemacht. Das scheint merkwürdig und unglaublich. Sie fangen immer damit an. Man könnte sagen, es müsste doch Dringenderes geben. Nein, sie definieren die Spielregeln neu, damit die Bürgerinnen und Bürger selber entscheiden können. Der Pakt, der zwischen den Menschen und der Gesellschaft besteht, wird erst einmal erneuert.

Man wird vielleicht sagen, dass es dort soziale Apartheid gibt; doch die gibt es bei uns auch. In Frankreich leben sieben Millionen arme Leute.

Wenn man arm ist, hat man keine Zeit, an andere zu denken, dann denkt man nur an sich selbst. Ich glaube nicht, dass in Deutschland die Situation anders aussieht. Es ist die soziale Apartheid, und die ist auch immer eine bürgerliche Apartheid.

In Frankreich ist die Idee einer verfassungsmäßigen Erneuerung wirklich wichtig, weil wir komplett blockiert sind, weil wir das System einer Monarchie haben, die vollkommen blockiert ist. Der wirklich neue Startpunkt für uns ist eine verfassungsmäßige Erneuerung. Das gilt für Frankreich. Aber was für Frankreich gilt, gilt hier auch für die anderen Länder, denn eine Verfassungsgebende Versammlung in Europa wäre eine wichtige revolutionäre Aufgabe.

*Verfassungsgebende
Versammlung*

Das ist keine gewöhnliche Aufgabe, das ist wirklich etwas, was jetzt grundlegend vernünftig wäre. Findet diese Idee in Frankreich Anklang? Frankreich wird jetzt in große politische Turbulenzen kommen. Da machen Sie sich mal keine Illusionen, liebe Freunde. Die Franzosen sind dabei, als Bürgerinnen und Bürger den Aufstand zu proben. An manchen Tagen ist es ruhig. Da passiert nichts. Am nächsten Tag wird gewählt, und dann findet ein Erdbeben statt. Wenn in einer solchen Krisensituation Wahlen durchgeführt werden, steht vorher nicht fest, wer gewinnt. Sie wissen ja, dass es einen Wettbewerb zwischen den faschistischen Ideen und unseren Ideen gibt und dass dieser Kampf in Frankreich gerade erst angefangen hat. Aber es gab schon grauenvolle Zeichen. Wir wurden im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen geschlagen. Das war noch nie zuvor dagewesen: beim zweiten Wahlgang gar nicht mehr teilzunehmen, weil die Rechtsextremen uns geschlagen haben. Die Rechtsextremen liegen in den Wahlumfragen heute noch besser als damals.

Doch bei den letzten Regionalwahlen eroberte die Linke von 21 Regionen zwanzig. Das ist so, als wenn alle deutschen Länder auf einmal von der Linken regiert würden. Natürlich wissen wir, dass nicht alle zwanzig Regionen wirklich linke Regionen sind. Es herrscht einfach eine Aufstandsstimmung.

Anschließend kam das Referendum über die Europäische Verfassung. Ihr müsst euch klarmachen, was es bedeutet, wenn das Volk das Gegenteil von dem tut, was alle Kirchen, alle Zeitungschefs, alle Fernsehkanäle, alle Radiosender, alle Zeitungen, alle Gewerkschaften außer einer fordern. Das Volk sagte trotzdem »Nein«. Das sind Zeichen für extreme Turbulenzen, und sie haben nicht aufgehört.

Selbst wenn wir eine »schöne« Persönlichkeit auswählen, die Präsident oder Präsidentin der Republik werden soll – da wird nicht die Farbe der Augen oder der Krawatte oder des Kleides dazu führen, dass wir eine neue Politik bekommen. Dafür muss etwas getan werden, wirklich etwas getan werden, denn die Franzosen sind keine Idioten, die wissen, was vor sich geht.

SIBYLLE NEUMANN Ein Verfassungsprojekt der Linken: Ja oder Nein?

OSKAR LAFONTAINE Das ist jetzt eine Frage der Bezeichnung. Auf jeden Fall müssen wir versuchen, das Thema zu besetzen. Wir können auch sagen, wir machen ein Papier fertig für Europa. Aber wir müssen dabei die Dinge benennen, die Jean-Luc jetzt gerade genannt hat. Beispielsweise, dass ein zentraler Punkt völlig inakzeptabel ist, nämlich ein Verbot oder der Ausschluss der Harmonisierung der Steuern, der sozialen Leistungen – also des wirklichen Lebens. Wir hatten immer als Projekt eine Steuerharmonisierung. Wir brauchen eine Abstimmung

in der Lohnpolitik und eine Abstimmung der Sozialpolitik, das sind die Essentials.

Wenn ich mich zum Beispiel auf den französischen Taxifahrer oder Kellner beziehe, dann war die Rolle des polnischen Klempners immer ein Thema in Frankreich. Und dann sind da einige hingegangen und haben gezählt, wie viele polnische Klempner es gab. Der polnische Klempner war natürlich nur eine Symbolfigur. Er war eine Symbolfigur dafür, dass die Franzosen sagten: Das lassen wir uns nicht länger bieten, dass hier in Frankreich zu Dumpinglöhnen gearbeitet wird. Da sind die Franzosen rabiater als die Deutschen. Mir hat es Spaß gemacht, dass dem Kommissar Bolkestein gesagt wurde, wenn du in deinem Ferienhaus sitzt, werden wir dir mal die Elektrizität abstellen, damit du lernst, wie wichtig es ist, einen französischen Elektriker wieder zu haben, der dir deine Bude wieder repariert.

Lohndumping

Die Franzosen sind da, wie gesagt, etwas rabiater aber der Kern war, dass man gesagt hat, wir wollen das Dumping nicht. Und dieses Dumping kann nur immer eine Moral der herrschenden Klasse sein. Das ist das große Problem. Ich habe im Bundestag – da hat man noch gar nicht an die Bolkestein-Richtlinie gedacht, da waren wir noch nicht vereint – immer zu Graf Lambsdorff gesagt: Sie werden erst lernen, wenn auch hier deutsch sprechende Polen oder Tschechen oder andere im Bundestag sitzen als Abgeordnete für ein Zehntel der Diäten.

Wenn das möglich ist, dann erst wird die herrschende Klasse aufwachen und lernen, worum es überhaupt geht. Das ist das große Problem. Ich würde jetzt hier eine Invasion auslösen von Abgeordneten aus Osteuropa, deutsch sprechend natürlich, die alle in den Bundestag kommen, die alle für ein Zehntel der Diäten tätig wären. Sofort

hätten wir das Problem des Lohndumpings in Deutschland gelöst. Am nächsten Tag. Es würden noch nicht einmal die gesetzlichen Fristen beachtet werden.

Und hier war ja das Gute, dass die Bevölkerung in Frankreich »Nein« gesagt hat und in Holland auch. Es war übrigens immer lustig, wenn man in Frankreich von »Lex Hollande« gesprochen hat – den Witz können nur die Franzosen verstehen – denn der Vorsitzende der Sozialistischen Partei heißt ja François Hollande und Lex Hollande das ist also doppeldeutig. Also die Hollande in Frankreich haben »Ja« und die anderen Holländer haben »Nein« gesagt. Das heißt, die Holländer haben »Nein« gesagt. Weil sie sich gesagt haben, wir lassen uns das nicht gefallen. Das müssen wir uns hier auch klarmachen. Das ist unser linkes Projekt. Das können wir nahtlos übersetzen auf die Innenpolitik: eine Minderheit, die nicht betroffen ist, mutet der Mehrheit Bedingungen zu, die ständig ihre Situation verschlechtert. Das müssen wir als Kernprojekt unserer Innenpolitik sehen und darüber sprechen, aber gleichzeitig ist das auch ein Kernproblem der europäischen Politik.

Wir werden hier so ein Papier vorlegen, und wir werden Vorschläge machen. Aber wir müssen die Dinge ja benennen. Und wir müssen sagen: Das wollen wir nicht. Da bin ich dann auch dafür, dass wir die Aufgabe als Politiker, die verändern wollen, übernehmen und eben Vorschläge machen. Wenn man eine Versammlung macht, kommen nicht gleich fertige Vorschläge raus. Das müssen wir dann erst machen. Insofern sehe ich da keinen großen Widerspruch. Vielleicht ist das auch etwas typisch Deutsches. Der Deutsche braucht ein Papier, wo er sich dran festhalten und sagen kann: Das wollen wir. Genau da steht es schwarz auf weiß geschrieben. Deshalb heißt es bei uns: Was

du schwarz auf weiß besitzt, kannst du getrost nach Hause tragen. Der Deutsche braucht so etwas, und das müssen wir dann vorlegen. Ich sehe da kein großes Problem.

Es gibt unterschiedliche Traditionen, und ich habe es ja auf beiden Seiten erlebt. Entscheidend ist dieser Schwung, der in Frankreich da war. Dass wir so etwas auch mal in Deutschland erleben. Deshalb fordert DIE LINKE. im Bundestag jetzt auch das Recht auf Generalstreik. Da kann man den Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich sehen. Hier sitzen sofort alle Gewerkschaftler unter dem Tisch, wenn man das Wort sagt – das Wort Generalstreik. Sofort sitzen alle unterm Tisch und klappen die Ohren zu. Das ist für sie eine ungeheuerliche Vorstellung. Man müsste ja mal einen Bahnhof ohne Bahnsteigkarte betreten. Das ist eine ungeheuerliche Vorstellung.

*Deutsche
Mentalität*

Das müssen wir aber hinbekommen. Wir brauchen Formen der direkten Demokratie. Generalstreik ist für mich so etwas wie direkte Demokratie. Diesen läppischen Stimmzettel immer nur in die Urne werfen, das kann nicht allein die Demokratie sein. Nein, wirklich mal eine echte Volksbewegung wie die 68er Bewegung in Frankreich, die nicht nur in erster Linie eine Studentenbewegung war, sondern zusammenging mit einem Generalstreik in enormen Umfang. Und wenn man heute immer sagt: Heute gibt es diese Arbeitnehmergruppen wie früher die Industriearbeiter nicht mehr, das ist eine oberflächliche Betrachtungsweise. Man muss jetzt nur mal all die definieren, die Netto unter einer bestimmten Summe liegen – und das sind die Volksmassen –, und da braucht man nicht fragen, ist das ein Industriearbeiter oder ist das ein Frisör und ähnliches. Die gemeinsamen Interessen sind da, aber sie müssen eben auch artikuliert werden.

Das Problem, das wir haben, ist, dass diese Leute zu oft bitter enttäuscht worden sind von denen, die vorgegeben haben, ihre Interessen zu vertreten. Das ist das große Problem der Politik. Da müssen wir ansetzen und das ist die Kernaufgabe der neuen Linken. Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit. Zu sagen: Da ist eine Gruppe, die vertritt unsere Interessen. Doch da kann der Arbeitnehmer, der Rentner immer noch sagen, das sagen sie alle. Alle vertreten angeblich unsere Interessen. Aber nein. Die müssen sagen, da gibt es eine politische Kraft, die meint es wirklich ernst. Die machen nach der Wahl auch tatsächlich das, was sie vor der Wahl erzählt haben. Wenn wir das schaffen, haben wir wirklich die Möglichkeit, die neue Linke in Deutschland zu einem politischen Faktor zu machen. Aber nur wenn wir das schaffen. Sonst nicht. Schöne Papierchen, schöne Programme – das läuft den Leuten aus den Ohren raus. Aber wenn sie sagen, das schöne Papierchen ist getragen von Leuten, die kämpfen können und die dazu stehen. Dann haben wir eine Chance.

SIBYLLE NEUMANN Das war doch ein schönes Schlusswort für den ersten Teil. Wir kommen nun zur Diskussion, denn wir wollen dem Publikum die Möglichkeit für Fragen einräumen. Welche gibt es?

MICHAEL BRIE Herr Mélenchon, Oskar Lafontaine hat die Frage nach einem deutsch-französischen Staatenbund aufgeworfen. Nun glaube ich nicht, dass dies jemand hier in größere Aufregung versetzt. Ich glaube aber, dass wir angesichts eines sich enorm erweiterten Europas allen Grund haben, darüber nachzudenken, ob wir angesichts der Tatsache, dass die Europäische Union derart vergrößert wurde, nicht doch die Möglichkeiten verstärkter Kooperation zwischen den Ländergruppen inner-

halb der EU positiv prüfen sollten. Merkwürdigerweise konzentriert sich die Zusammenarbeit gegenwärtig auf zwei Felder: das Eine ist die Währungsunion, ein eindeutig eher neoliberales Projekt und das Zweite ist die Rüstung und die militärische Zusammenarbeit. Die Frage ist, ob die Linke nicht gut daran täte, zu fordern und auch dafür zu kämpfen, dass sich Staaten in Europa zusammenschließen, die sich der europäischen Idee eines sozialen und demokratischen Europas in besonderem Maße verpflichtet fühlen. Also eine Vorreiter-Avantgarde für ein soziales und demokratisches Europa zu schaffen.

An Oskar Lafontaine habe ich auch eine Frage, die genau damit zusammenhängt. Es gibt die sozialen Bewegungen in Europa, das Europäische Sozialforum. Wir arbeiten an einer Charta »Für ein anderes Europa«. Die Frage ist, wie ein solches Projekt mit der parteipolitischen Linken, mit den Bewegungslinken und den Gewerkschaften verbunden werden kann, damit es wirklich ein durch die breite Linke getragenes Projekt ist. Und meine zweite Frage hängt mit meiner Frage an Herrn Mélenchon zusammen: Wie bedeutungsvoll ist, mal abgesehen vom Kampf um die Hegemonie, eine Verfassung für Europa. Ist nicht die Frage eines deutsch-französischen Staatenbundes viel zentraler und als realistischeres Politikziel eher in den Mittelpunkt zu stellen? Ist die Integration, Zusammenarbeit derer, die für andere soziale Standards, für andere demokratische Reformen in Europa stehen, nicht mindestens so wichtig wie ein allgemeiner Katalog von Grundregeln der Demokratie und Menschenrechte? Ich bezweifle, ob wir in der Lage sind, diese extreme Heterogenität der europäischen Staatengemeinschaft durch einen gemeinsam getragenen Verfassungsentwurf überhaupt zusammenzubringen.

Ich halte es für unverzichtbar, um Bewegungen zu fördern, dass ein alternatives Projekt vorgeschlagen wird, um die Diskussion im Vorfeld zu beeinflussen. Wenn die Kanzlerin sagt, man braucht ein Sozialprotokoll, das man dem jetzigen Text hinzufügen soll, dann muss man die Dinge, die sie überzeugend dargelegt hat, auch in die Öffentlichkeit bringen. Dazu braucht man ein Papier. Das ist dann eigentlich nicht schlecht, unabhängig davon, wie Bewegungsprozesse wirken. Zweitens. Soll man sich wirklich auf den Begriff Verfassung einigen? Denn ein Moment der Ablehnung besteht ja auch darin, dass Leute zu Recht mit dem Begriff Verfassung etwas verbinden, was sie in Zukunft der Staatenvereinigung nicht wünschen. Ich bin mir nicht sicher, ob das zweckmäßig ist bei der Vielgestaltigkeit der Union, aber es kann sein mit richtigem Inhalt. Drittens. Soll man sich wirklich auf eine Verfassungsgebende Versammlung konzentrieren? Das entspricht also der republikanischen Tradition. Ich habe immer noch die Idee Bourdieu im Sinne, mit der ich liebäugele, der sprach einmal von dem Projekt der Generalstände Europas. Es könnte sich auch etwas anderes herausbilden. Man kann das nicht ausschließen, was die nächsten zwei, drei Jahre angeht. Das Vorletzte. Hier gab es die Idee des Zweierbundes. Kollege Brie hat das nun etwas befürwortet, aber er ist dann in seiner Gedankenführung mit Blick auf die Gesamtunion gegangen. Das Zweierbündnis hat einen gewissen Vorteil. Ich bin für alles, was hier gesagt wurde, also die spezifische Zusammenarbeit Deutschland-Frankreich und speziell der Linken. Natürlich darf man nicht übersehen, dass auch das Projekt des Zweierbundes früher schon einmal von Bundeskanzler Adenauer vorgeschlagen wurde. Das muss man berücksichtigen, weil die Argumente unweigerlich kommen, dass dies ja

mal ein konservatives Projekt gewesen ist. Also, ich befürworte eine engere Zusammenarbeit.

Ich würde auch bestimmte Dinge für ein Kern-europa befürworten unter sorgsamster Beachtung der Voraussetzung, dass keine Differenzen entstehen mit anderen, die darin eine sich gegen sie gerichtete Gruppierung sehen, ich verweise etwa auf Polen, Tschechen und andere. Es geht um die Förderung einer demokratischen, einer sozialistischen Entwicklung. Summa summarum braucht man für die Entwicklung der Bewegungen ein solches Projekt, das ja dankenswerter Weise, wie wir gehört haben, von der Fraktion der Linkspartei. PDS vorbereitet wird. Es wird den europäischen Linksparteien sicher gelingen, die Bewegungen zu fördern.

Wir haben vor einigen Wochen eine Veranstaltungsrundreise durch Deutschland gemacht. Wir sind mit einer Genossin aus England, einem Genossen aus Italien und einem aus Frankreich mit einem Bus durch mehr als ein Dutzend Universitätsstädte gereist, wo wir Veranstaltungen zum Thema »Die neue Linke in Europa« durchgeführt haben. Diese Veranstaltungen waren überwiegend gut besucht, und es herrschte ein großes Interesse an der neuen Linken in Europa und an der neuen Linken in Deutschland. Ich persönlich habe mitnehmen können, dass die Kolleginnen und Kollegen in England, Italien und in Frankreich dank vernünftiger Bündnispolitik in der Lage waren, relative Erfolge zu erzielen. Das war die »Non«-Bewegung in Frankreich, das sind in Italien Proteste gegen die Arbeitsmarktrichtlinie gewesen, und in England war es die Antikriegskampagne. Ich habe noch eine zweite Sache mitgenommen, nämlich, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen europäischen Ländern mit großem Interesse und mit großer Freude auf Deutschland

**FRAGE AUS
DEM PUBLIKUM**

geblickt haben, wo es möglich war, links von der Sozialdemokratie eine neue, starke bundesweite Linke aufzubauen. Jeder Redner, jede Rednerin hat dies zum Ausdruck gebracht.

Meine Frage bezieht sich auf die französischen Verhältnisse in der Gegenwart. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Sozialistische Partei tatsächlich einen »Non«-Kandidaten aufstellen wird? Oder müsste man nicht wünschen, dass in der jetzigen Situation, da die Sozialdemokratie europaweit versagt und sich korrumpieren lassen hat, müsste man nicht wünschen, dass die PS einen rechten Kandidaten aufstellt und Menschen, wie sie Herr Mélenchon, gezwungen sind, den Bruch mit der Sozialdemokratie zu vollziehen, ähnlich wie Oskar Lafontaine dazu gezwungen war, um mit anderen Kräften links von der Sozialdemokratie eine neue Kraft aufzubauen?

JEAN-LUC
MÉLENCHON

Die erste Frage, die zur deutsch-französischen Union, werde ich später beantworten. Das betrifft mich sehr stark persönlich.

Du hast gesagt, wir könnten den jetzigen Text der Verfassung für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern nutzen. Ich möchte dir sagen: Diese Möglichkeit gibt es nicht. Im Verfassungstext gibt es ein Kapitel über verstärkte Zusammenarbeit. Lies den mal ganz aufmerksam durch. Es ist ganz kompliziert, verfassungsgemäß verstärkte Zusammenarbeit zu praktizieren. Es scheint so, als wäre es einfach, aber in Wirklichkeit wird es noch schwieriger gemacht. Es gibt eine Klausel, die Zusammenarbeit auf bestimmten Feldern sogar verbietet. Das sind die, die wir gerne hätten. Wir Deutsche und Franzosen könnten uns wünschen, dass wir für die Harmonisierung von Gehältern oder Steuern eine verstärkte Zusammenarbeit betreiben. Das alles ist verboten,

auch für das Gesundheitswesen. Selbst da ist eine Harmonisierung verboten.

Auf allen Feldern, die den Alltag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen, ist eine verstärkte Zusammenarbeit verboten. Das Sozialdumping ist das Herz des neoliberalen Modells, und es ist auch das Herz dieser Verfassung. Man kann die Verfassung nicht nutzen, um zu bekämpfen, was diese Verfassung ja erst schafft. Man kann natürlich eine Verfassungspetition zu allen Themen machen, die man will, wenn sie dann verfassungsgemäß sind und dem neoliberalen Modell entsprechen. Soweit zur verstärkten Zusammenarbeit, wie der heutige Verfassungstext sie vorsieht.

*Verbot der
Zusammenarbeit*

Selbst wenn du es schaffst, aus verschiedenen Artikeln des Textes heraus dir eine Interpretation zu erarbeiten, die deinen Intentionen entspricht, gibt es immer noch jenen Artikel, der besagt, verstärkte Zusammenarbeit ist nur dann möglich, wenn eine gewisse Anzahl von anderen Ländern mit ihr einverstanden ist – auch wenn sie selbst gar nicht mitmachen. Das ist eine Falle. Diese Verfassung ermöglicht nur eine liberale Politik, sonst gar nichts. Ich bin einverstanden, dass wir uns im europäischen Aufbauwerk auf zwei Optionen einigen. Erstens gibt es die innerstaatliche Initiative, also die Regierungsebene, und zweitens gibt es die zwischenstaatliche Ebene. Darauf wird es immer hinauslaufen, egal, wie man das Problem angeht. Außerdem glaube ich: Wir sind an den Grenzen der Kooperation zwischen den Staaten angelangt, denn wir sind jetzt 25. Da kann man in alle Richtungen zusammenarbeiten, und man wird nie eine gemeinsame Bewegung erreichen. Wie können wir also ein demokratisches Gebilde schaffen? Ich habe darauf nur eine Antwort. Es muss eine gemeinsame Spielregel geben für die Frage: Wie treffen wir Entscheidungen?

Eben sagte ein Genosse, es gäbe andere mögliche Formen als eine Verfassungsgebende Versammlung. Vielleicht – das möchte ich gar nicht bestreiten. In der Geschichte haben wir entweder Generalstände gehabt oder Verfassungsgebende Versammlungen, die ersten Generalstände haben wir in Frankreich gehabt. Was sind Generalstände? Das ist das Gegenteil der republikanischen Idee der Demokratie, denn in den Generalständen sind nach Kasten die Adligen, die Geistlichen und die Zivilgesellschaft vertreten.

So etwas sieht auch diese Europäische Verfassung vor. Es ist unglaublich. Es soll nach dieser Europäischen Verfassung eine Vertretung der Kommission geben, ein ernanntes Organ, dann soll es eine Vertretung der Nationen auf der gleichen Ebene einer technokratischen Institution geben – und dann Vertreter der Zivilgesellschaft. Das ist aber keine Demokratie für mich. Wer entscheidet denn, wer welches Gewicht hat? Die einzige Form der Demokratie ist, dass das Volk die Macht innehat.

*Verfassungsgebenden
Versammlung –
ein Ausgangspunkt für die
Emanzipation*

Auch wenn eine Verfassungsgebende Versammlung nicht der Gipfel der Demokratie ist – man kann sich natürlich bessere Vertretungsmechanismen für das Volk überlegen –, aber man muss die Spielregeln festlegen. In der Verfassung kann zum Beispiel gesagt werden, dass drei, vier Millionen Bürger ein Gesetz vorschlagen können, das direkt in die Verfassung eingebracht wird. Das kann man machen, aber man muss erst eine Verfassung haben, die das ermöglicht. In Venezuela zum Beispiel wurde jetzt Folgendes in die Verfassung aufgenommen: Wenn zwanzig Prozent der Wähler einen Antrag für ein Referendum unterschreiben, dann kann man den Präsidenten während seiner Amtszeit stürzen. Das beginnt natürlich mit einer Verfassungsgebenden Versammlung.

Der Ausgangspunkt ist die Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger. Wenn sie individuell eine Stimme haben, dann ist man auf dem richtigen Weg. Das wollte ich noch einmal klarstellen, weil ich es für wichtig halte.

Dann gab es noch eine Frage zur deutsch-französischen Union. Das ist jetzt kein Witz. Für die Leute, die eine strategische Vision haben, ist das eine ganz ernsthafte Sache. Wir müssen hier ganz dringend etwas machen. Warum? Im Wettbewerb zwischen den Nationen werden wir auf zweierlei Art benachteiligt. Wir haben Ideologen an der Spitze der Europäischen Kommission und in den Brüsseler Behörden. Das sind Ideologen, die interessiert nicht wirklich die technische Leistung, die Produktion, die interessieren nur diese Finanzkonstrukte.

Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen, das uns in Frankreich schockiert hat. Das war das Unternehmen *Alstom*. Die haben weltweit die größte Werft. Aber das sind auch diejenigen, die unsere Nuklearstäbe und -materialien herstellen. Man kann dazu meinen, was man will; aber für ein Land, das von dieser Energie lebt, ist das natürlich wichtig. Dieses Unternehmen ist auch das, das den *TGW*, den Hochgeschwindigkeitszug herstellt und solche wichtigen Dinge.

Wir hatten ein großes Problem, weil dieses Unternehmen von einem Manager falsch geleitet wurde. Er hatte sich verspekuliert, und der Staat musste eingreifen, um das Unternehmen zu retten. Doch die Brüsseler Ideologen sagten uns: Das kommt überhaupt nicht in Frage. Denn wenn Sie dem Unternehmen *Alstom* helfen, müssen Sie im Gegenzug Teile von *Alstom* verkaufen, vor allem alle strategischen Sektoren im elektronischen Bereich. Wieso eigentlich im Gegenzug?, fragten wir. Das haben wir nicht verstanden. Von einem Büro in Brüssel aus gesehen, hat die Elektronik mit

dem *TGW* oder mit der Werft usw. nichts zu tun; aber bei der Produktion, bei den technischen Dingen, sieht das natürlich anders aus. Sie werden ohne elektronischen Bereich natürlich keinen Hochgeschwindigkeitszug bauen können. Das ist ganz klar. Diese Leute haben einfach keine Ahnung. Das ist der erste Nachteil.

Der zweite: Diese Ideologie ist wirklich absurd. Niemand kann doch ernsthaft behaupten, dass sich die Theorien von Adam Smith – das sind Theorien aus dem 18. Jahrhundert; Karl Marx ist ja wesentlich moderner als Adam Smith, das muss man ja mal festhalten – bewahrheiten. Die »unsichtbare Hand« des Marktes bewirkt eben nun einmal nicht nur gute Entscheidungen. Ich nehme eine Wirtschaftsmacht wie China. Dort wird die Hälfte aller weltweit hergestellten Laptops sowie siebzig Prozent aller Wecker und Spielzeuge produziert. Das ist nichts anderes als eine – wenn auch friedlich vorgetragene – Konfrontation, die allerdings zu einer gewalttätigen Konfrontation werden kann. Im Moment ist alles friedlich; aber wir können auf diesem Feld schon jetzt nicht mehr ernsthaft kämpfen. Es ist unmöglich, dass wir in diesem Wettbewerb gewinnen.

Für die Produktion eines elektronischen Kleinteils beträgt der Unterschied in den Kosten 1 : 40. Es wird immer zu teuer sein, was wir anbieten können. Es gibt dort einen Markt, und wir haben hier einen Markt, den nicht wir, sondern sie bedienen. Dagegen können wir gar nicht kämpfen. Doch können wir uns in Europa nicht davor schützen? Diese Frage stelle ich.

*Freier Verkehr
von Waren –
kein Allheilmittel*

Ich gehöre nicht zu denen, die dem Mythos anhängen, dass der freie Verkehr von Waren das Allheilmittel ist. Das ist noch nie bewiesen worden. Das ist der zweite Nachteil.

Wenn wir mit unseren chinesischen Freunden reden, sagen sie: Wir haben eine Einheitswährung, wir haben eine einheitliche Regierung, und wir haben eine einheitliche Entscheidungsfindung. Wir in Europa haben zwar auch eine Einheitswährung, aber keine kollektive, demokratische Entscheidungsfindung, weil so etwas im Gegensatz zu der herrschenden Ideologie steht.

Ich hoffe, dass Sie mich verstehen. Die Demokratie ist die Ausgangsbedingung für die Wirtschaftsentwicklung und für die demokratische Entwicklung. Wenn wir keine demokratische Entscheidungsfindung haben, werden wir nie gute Entscheidungen treffen.

Vielleicht können Sie als Deutsche das, aber wir können das in Frankreich nicht. Seit wir mit dem liberalen Europa konfrontiert sind, haben wir nicht einen Kilometer Autobahn oder eine Zugverbindung gesehen, die neu geschaffen worden wären. Nein, das Gegenteil war der Fall: Verbindungen wurden geschlossen. Ich will sagen, die Demokratie ist der Ausgangspunkt für eine Erneuerung der Europäischen Union.

Zur deutsch-französischen Union: Wir benötigen für Europa eine Entwicklungsstrategie. Ohne sie werden wir nichts erreichen – wobei es nicht darum geht, ein hegemoniales Bestreben zu befriedigen. Einer muss anfangen. Ich denke, wenn die Deutschen und die Franzosen das machen, dann werden in den Tagen darauf sechs, sieben, acht andere kommen und sich uns anschließen. Aber wir müssen damit anfangen.

Wir haben in diesem Bereich wirklich den meisten Unsinn gemacht. Wir als Franzosen. Es ist daran zu erinnern, dass ein Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands die Idee Adenauers war. Dann gab es noch einen Vorschlag von der CSU, und dann gab es Joschka Fischer, der auch

diesen Vorschlag gemacht hat – das war ja doch eine linke Regierung.

Und die französische Regierung hat darauf nicht angemessen geantwortet.

Zuerst wurde gesagt, Fischer spreche nicht als Vertreter der deutschen Regierung. Da hat Schröder geantwortet: Doch er vertritt unsere Regierung. Da war ich endlich einmal einverstanden mit Schröder – Sie sehen, ich bin da gar nicht so schwierig. Doch dann wurde von französischer Seite gesagt, Fischer sei ein Flötenspieler. Ich weiß nicht, ob man das in Deutschland genauso sagt wie in Frankreich. Gemeint ist damit, er sei einer, der gerne ein bisschen Wind macht.

Fischer und Schröder wurden von den französischen Verantwortlichen nicht ernstgenommen. Man hätte diese hingestreckte Hand ergreifen müssen. Das wäre sehr wichtig gewesen. Wir sind die beiden Völker, die am längsten und am grausamsten gegeneinander gekämpft haben. Ich glaube, unsere Generation hat entschieden, dass dieses Kapitel der Geschichte ein für alle Mal beendet ist – auch wenn wir alle die Geschichte ausreichend kennen, um zu wissen, dass man niemals nie sagen darf.

Wir haben die Verantwortung, auf dem Weg zu einer brüderlichen Integration unserer Völker weiter zu gehen. Wir haben diese Verantwortung. Wenn wir eine deutsch-französische Union gründen würden, würden wir das damit tun. Nichts anderes hatte ja Fischer angeregt. Er hatte ein Parlament vorgeschlagen, das sich um die gemeinsamen Dinge kümmert.

Man muss nicht besonders intelligent sein, um auf diese Idee zu kommen, man muss nur Demokrat sein. Ich bin da mit Oskar Lafontaine völlig einverstanden. Es ist natürlich schwierig, das heute erneut so vorzuschlagen, weil einige Leute in anderen EU-Staaten sagen werden: Ach ja, da

fängt's wieder an. Die Deutschen und die Franzosen einigen sich, und wir anderen müssen zusehen. Das sind Hegemonisten usw. Es ist nicht ganz einfach, solche Dinge heute vorzuschlagen.

Wenn ihr mit euren italienischen Freunden redet, ist es natürlich nicht unproblematisch, ihnen zu sagen: Wir werden jetzt mit den Franzosen eine Union gründen, und ihr schaut mal, wo ihr bleibt. Auch wenn es jetzt im Moment nicht geht, müssen wir trotzdem diesen Gedanken im Hinterkopf behalten und diese Karte bei einer günstigen Gelegenheit ausspielen. Wenn ich Premierminister werden würde, würde ich das sofort machen. Das will ich sagen. Wir müssen, denke ich, heute die Verfassungsgebende Versammlung vorschlagen. Das ist, glaube ich, im Moment das nächste und richtige Etappenziel.

Nun zu dem, was du zur Linken gesagt hast. Ich möchte nicht das Schlimmste annehmen. Ich will einfach nicht, dass die Sozialistische Partei einen Kandidaten vom rechten Flügel aufstellt. Das wäre für mich eine schlimme Politik. Deshalb werde ich bis zur letzten Sekunde kämpfen, dass es einen Kandidaten aus dem linken Flügel der Partei gibt.

Und solange ich diesen Kampf noch nicht verloren habe, werde ich nicht sagen »Ja«, und wenn ich verliere, heißt das nicht, dass ich hier heute Abend meine eigene Niederlage schon vorausgesagt hätte. Aber ich werde dann die Lage analysieren müssen.

Was Sie hier in Deutschland gemacht haben, interessiert uns natürlich sehr. Oskar Lafontaine gehört euch nicht allein. Er ist auf internationaler Ebene eine Persönlichkeit der sozialistischen Bewegung. Seine Entscheidung hat uns alle zum Nachdenken angeregt.

Die Mitgliedschaft in einer Partei ist nicht etwas, was man allein aus Vernunft macht, sondern etwas,

*Von der
Partei verlassen*

das auch aus dem Herzen kommt. Wenn man jung ist, ist es einem egal; wenn man aber zwanzig, dreißig Jahre unter Menschen verbracht hat, die man alle kennt, dann gibt es natürlich eine Schwierigkeit, sich da herauszuziehen. Ich würde ja auch nicht so leicht meine Familie verlassen.

Als ich Oskar beim ersten Mal getroffen habe, habe ich gefragt: Tut's dir leid? Und er hat gesagt: Nein. Und danach hat er mir gesagt – darf ich das sagen? – ich habe es wegen der Ehre gemacht. Ich war Mitglied einer Partei. Ich habe diese Partei nicht verlassen, die Partei hat mich verlassen. Ich war für Frieden und für den Sozialstaat, und sie sind für Krieg und gegen den Sozialstaat.

Ich weiß nicht, ob meine Partei mich verlassen hat, ich muss aber sagen, dass es sehr schwer auszuhalten ist, wie ich da behandelt werde. Es ist sehr schwierig, wenn der Erste Sekretär zum Beispiel sagt: Hier den Mélenchon, den könnt ihr behalten, nehmt ihn doch, ihr Kommunisten. Das ist wirklich sehr schwierig. Ich schaue auf Oskar Lafontaine; aber sie schauen auf Schröder und auf die anderen. Wir sagen: Das ist ein Skandal – eine Regierung in Deutschland aus Sozialdemokraten und Konservativen. Das ist ja auch wirklich eine politische Katastrophe für Europa. Denn das ist keine rein deutsche Angelegenheit.

Wenn eine solche Regierung möglich ist, heißt das, dass es keinen Unterschied mehr zwischen rechts und links gibt. Das ist grauenhaft. Leute, die von Politik nichts verstehen, sagen: Schaut sie euch doch an, die sind doch alle gleich. Das ist eine politische Katastrophe für Europa, denn es ist ein Symbol. Ein Symbol für den Zustand der Linken, die wir jetzt erneuern müssen.

Wir schauen uns die Situation in Deutschland an, wir tun das wirklich mit großem Interesse, denn hier gibt es eine Große Koalition. Um die

Kameraden aus der SPD, die zusammen mit der PDS die Linke gründeten, gab es bei uns in der Führung der Sozialistischen Partei einen grauenhaften Streit. Am Ende wurde gesagt: Die Linke hat das Scheitern der SPD verschuldet. Wir aber sagen: Die Linke hat den Sieg der Rechten verhindert. Aus französischer Sicht scheint die Lage ein wenig blockiert.

Ich sage dazu jetzt nicht mehr – nicht weil ich Ihnen unbedingt angenehm sein will, denn ich bin gerne ein wenig provokativ im Politischen –, aber wir müssen das Ganze erst richtig verstehen. Wir denken, ihr habt eure Gründe, so zu handeln.

Wir kennen ja Oskar auch sehr persönlich, er spricht auch unsere Sprache, und er kann ganz unkompliziert mit uns sprechen, und wir wissen, dass er jemand ist, der sich nicht abspalten will. Ich bin nicht zuletzt deshalb hergekommen, um die Leute kennenzulernen. Das, was hier in der Linken jetzt geschieht, betrifft auch uns. Möglicherweise wird es eine solche Linke in Frankreich auch geben, vielleicht. Es ist nicht unmöglich. Ich spreche jetzt ganz offen. Natürlich würden wir es vorziehen, das nicht zu tun. Denn es ist für mich leichter, in einer Partei Mitglied zu sein, die dreißig Prozent hat, als in einer, die drei hat.

Sie sind ja nicht bei drei Prozent, aber in Frankreich sähe das so aus. Trotzdem muss man natürlich seine Pflicht machen: das, was für die Linke in Frankreich und für die Linken in Europa nützlich ist.

Das ist ein Kampf, das ist kein Karriereplan. Das ist wirklich ein Kampf, den wir führen müssen. Wir sind jetzt mittendrin. Und wir stellen uns im Moment die Fragen, die jetzt mitten im Kampf anstehen, und nicht die, die nach diesem Kampf zu lösen sein werden. Wir werden aber sicher im Interesse des Gemeinwohls handeln.

**FRAGE AUS
DEM PUBLIKUM**

Ich komme von der Basisorganisation Berlin-Mitte der Linkspartei. Ich wollte mich sehr herzlich bedanken für die plastische Darstellung der graduellen Unterschiede im Organisationsgrad der französischen und der deutschen Linken durch Herrn Mélenchon. Wir haben am 3. Juni in Berlin eine bundesweite Demonstration gehabt, und wer da war, der wird den Unterschied zwischen deutschen und französischen Linken sehr plastisch erkannt haben. Mein Anliegen an den Genossen Lafontaine ist jetzt: Sie haben gesagt, die Organisation der Linken ist zu stärken. Ich glaube, das ist das Herzstück unserer Arbeit. Wir müssen uns darum kümmern und die Demonstration am 3. Juni stand unter der Losung »Französisch lernen!« Ich glaube, das sagt es kurz und knapp, welche Aufgabe vor uns steht. Bei uns in Berlin-Mitte, im Wedding, haben wir ein Projekt in Vorbereitung im Zusammenhang mit der Berliner Abgeordnetenhauswahl. Wir wollen versuchen, aus dem ganz normalen bürgerlichen Wahlkampf ganz bewusst eine linke Kampfwahl zu machen, und wir wollen ganz konkret ein Projekt vorbereiten. Wir wollen in das Job-Center im Wedding gehen und dort versuchen, Menschen konkret anzusprechen, um sie für linke Organisationen zu mobilisieren.

OSKAR LAFONTAINE

Ich will es kurz machen und freue mich natürlich, dass Herr Mélenchon ebenfalls dem deutsch-französischen Bund etwas abgewinnen kann oder ihn als eine Idee ansieht, die man weiter führen könnte. Er hat in diesem Zusammenhang das Wort Denkblockade gebraucht und darum geht es auch tatsächlich. Also diese Ideen, die an der Wiege Europas standen, sind derzeit blockiert durch den Neoliberalismus.

Ich glaube, dass uns hier die Mischung an politischen Kulturen weiterbringen kann. Ich möchte

das nicht weiter vertiefen. Ich stelle nur fest, wir haben da ähnliche Überlegungen. Es geht um die Denkblockade. Es geht darum, dass man sagt, man will andere ausgrenzen. Zu dem Argument des Ausgrenzens möchte ich demjenigen, der das vorgebracht hat nur sagen: Das hat man immer. Auch wenn man 25 hat, dann sagt man der 26. oder der 27. ist ausgegrenzt. Das ist einfach ein Problem der Mengenlehre, das sage ich als gelernter Mathematiker. Das ist einfach so nicht lösbar. Nein, wenn wir sagen, wir fangen im Kern an, dann wollen wir niemanden ausgrenzen, sondern wir erkennen einfach, dass auf einer bestimmten Organisationsstufe Dinge nicht mehr in Gang kommen. Jedes Projekt braucht seine Ordnung, und wir haben wahrscheinlich schon etwas überdehnt, um weiter voran zu kommen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist nach wie vor der, dass wir uns die Frage stellen lassen müssen, wie können wir die Linke in Europa organisieren. Da ist die Situation in Frankreich eine andere als in Deutschland. Ich will für den Hintergrund im Kopf nur sagen: Die französische Sozialistische Partei hat etwas mehr Mitglieder als die Linkspartei und WASG. Eine solch große Mitgliederstärke, wie früher die SPD mit 700 000 und zu Brandts Zeiten sogar mit einer Million, hatte die Partie Socialist nie. Das muss man wissen. Frankreich hat andere Traditionen. Man kann dort zum Beispiel eine solche öffentliche Debatte auf Mitgliederbasis sehr gut beeinflussen.

Nun hat sich die Linke in Frankreich aber immer wieder punktuell einigen können. Sie haben sich oft zerstritten, und es ist völlig offen, was sie bei der Präsidentschaftswahl machen werden. Aber wenn es um Projekte geht, ist das etwas milder und etwas ruhiger, und deshalb ist das auch

*Organisation
der europäischen
Linken*

bei der Verfassung so entscheidend. Bei uns in Deutschland, da teile ich die Auffassung von Jean-Luc, hatten wir nie die Tradition. Da sind die Rechte und die Linke. Wir haben bewusst jetzt den Begriff die Linke gesetzt. Der Durchschnittssozialdemokrat spricht nicht von der Linken. Diese Denktradition gibt es gar nicht.

In Deutschland waren alle für dieselben Projekte. Sie waren alle für den Sozialabbau, für Steuergesetze, die das Volk zur Kasse bittet und die Wohlhabenden schützt. Sie sind es immer noch. Sie waren alle für den Jugoslawien-Krieg, für den Afghanistan-Krieg und haben nicht gemerkt, dass Deutschland am Irak-Krieg beteiligt war. Das wollen wir zu ihrer Entlastung sagen. Sie haben es einfach nicht gemerkt, dass wir Flugplätze zur Verfügung gestellt haben, die Infrastruktur und die zentralen Kommandoeinheiten usw. Sie haben es einfach nicht bemerkt. Bis dann das oberste Verwaltungsgericht in Deutschland festgestellt hat: Wir waren ja beteiligt, weil wir diese Infrastruktur zur Verfügung gestellt haben.

Eine neue Linke

In dieser besonderen Situation habe ich meine Entscheidung getroffen und habe gesagt, es muss noch einmal so etwas entstehen wie eine Linke. Ob die Linke entsteht, werden wir in den nächsten Monaten sehen. Da wird es sich entscheiden. Wir haben das Glück gehabt, dass die erste Rechnung aufging. Wir sind als Fraktion mit 8,7 Prozent in den Bundestag gekommen, und das war ja kein Selbstzweck. Wir vergessen so schnell. Diese 8,7 Prozent haben eine total rechte Regierung verhindert. Eine Regierung, die das soziale Sicherungssystem total zertrümmert hätte und die das Steuersystem noch ungerechter gemacht hätte. Eine Regierung, die in den Fragen der Außenpolitik noch amerikahöriger gewesen wäre als der jetzige Verein. Das ist immer eine Frage des Grades, den man gerade anstrebt.

Ich will nur sagen, es war von Anfang an klar, dass wir eine Regierungsbildung der Linken nicht blockiert hätten. Das möchte ich hier noch einmal sagen. Das ist ganz entscheidend.

Allerdings haben wir gesagt: Truppen zurück aus Afghanistan, Rücknahme des Sozialabbaus und ein gerechtes Steuersystem. Das heißt, wir haben klare Bedingungen an die Zusammenarbeit gestellt. Anders ausgedrückt, haben wir gesagt: Regierung »Ja«, aber innerhalb dieser Regierung muss eine linke Politik realisiert werden. Das ist nach wie vor unsere Position. Das ist dann auch eine Position und eine Information, die man der Partei Socialist geben muss. Es ist nicht so, dass die deutsche Linke sagt, wir beteiligen uns nicht an einer Bundesregierung, nur sie sagt ganz klar: nicht zu den Bedingungen des Sozialabbaus, der Steuerumverteilung von unten nach oben und nicht zu den Bedingungen völkerrechtswidriger Kriege. Das ist ganz entscheidend, damit kein falscher Eindruck entsteht.

Und in der jetzigen Situation der Bundespolitik hat die Linke eine entscheidende Rolle, sie muss die öffentliche Debatte verändern, sie muss Druck auf beide Koalitionsparteien ausüben. Da sind wir erst am Anfang. Die anderen Parteien wissen jetzt, dass wir die niedrigste Steuerquote in Europa haben. Das wussten sie vorher nicht. Wir haben eine ganz niedrige Steuer- und Abgabenquote. Sie lernen jetzt, dass Deutschland der Motor des Lohndumpings in Europa ist. Die deutsche Lohnpolitik ist die verrückteste in ganz Europa. Sie ist eine ständige reale Abwertung. Das muss man sehen. Ich sage im Bundestag immer: Wenn ihr so weitermacht, sprengt ihr das europäische Währungssystem. Die Spanier können nicht mehr abwerten, die Italiener und die Portugiesen können nicht mehr abwerten, und wir haben immer größere Handelsbilanzüberschüsse. Ich habe ein-

mal einem rechten französischen Politiker ein Dossier darüber gegeben und gesagt: Ihr müsst das diskutieren. Aber wie bereits gesagt, wir haben eine besondere Situation, die anders als in Frankreich ist.

Aber ich glaube, gemeinsam ist, dass wir eine Erneuerung, eine Reformation – die Italiener würden sagen eine Renaissance – in Europa brauchen. Das, was wir bei unseren Nachbarn in Frankreich erlebt haben, das ist der Ansatz, dass das Volk einbezogen wird in die Frage der Verfassung, der Sozialgesetzgebung, des Kündigungsschutzes usw. Da schließe ich dann auf zu dem, was Jean-Luc gesagt hat, dass das Volk mehr und mehr sich wieder die Politik aneignen muss, nachdem es über Jahre durch den Neoliberalismus entmündigt worden ist. Das ist derzeit das linke Projekt in Europa.

Beim Wahlkampf hier in Berlin habe ich meinen Freunden gesagt: Bitte nehmt die ungesicherten Arbeitsverhältnisse zu einem zentrale Projekt der Politik, denn hier bin ich jemand, der dankbar ist für die Analysen Bourdieus. Er hat das, was die prekären Arbeitsverhältnisse anbelangt, auf den Punkt gebracht. Sie sind ungeheure Enteignungen: Die Enteignung des Menschen, seine Zukunft zu planen. Die Enteignung des Menschen, in einem sicheren Haus zu wohnen. Die Enteignung des Menschen, weil er nicht mehr planen kann, Widerstand zu leisten. Die Enteignung des Menschen, sich an der Demokratie zu beteiligen. Auf Landesebene sage ich jetzt immer: Macht den Kampf gegen die Prekarisierung zum zentralen Projekt der Linken und nehmt die Hartz-IV-Empfänger mit. Nehmt sie wieder mit, damit sie sagen: Da gibt's ja wieder einen Verein, der sich für uns engagiert und erkennt, dass es nicht nur ums Geld geht, sondern dass es um ganze Lebensentwürfe geht, um Partizipationsmöglichkei-

ten. Da können wir dann wieder von den französischen Denktraditionen lernen. Deshalb zitiere ich dann immer Bourdieu. Das ist dann eben ein geistiges Band, das uns umschließt, und wo wir anknüpfen können.

Es war schön mit Jean-Luc diskutieren zu können, und ich möchte der Rosa-Luxemburg-Stiftung herzlich für die Einladung danken.



